

February 2022 | DE

This page is also available in:

- ES
- BG
- CS
- DA
- EN
- ET
- FR
- EL
- GA
- HR
- IT
- LV
- LT
- HU
- MT
- NL
- PL
- PT
- FI
- RO
- SK
- SL
- SV

Available Languages:

GRUSSWORT



Rechtsstaatlichkeit ist letztlich auch eine Frage der Wirtschaft!

Rechtsstaatlichkeit ist letztlich auch eine Frage der Wirtschaft!

Die Krise im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit in der EU verschärft sich. Sie ist inzwischen in hohem Maße politisiert und hat Rechtsstreitigkeiten ausgelöst, die an den Grundfesten der Union rütteln. Während den politischen und juristischen Fragen der Rechtsstaatlichkeit in der öffentlichen Debatte große Aufmerksamkeit geschenkt wird, findet der wirtschaftliche Aspekt weiterhin zu wenig Beachtung. Dies ist meines Erachtens ein Fehler, da die soziale und wirtschaftliche Stabilität durch die Rechtsstaatlichkeit ganz erheblich beeinträchtigt wird.

Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit begünstigt das Wachstum, weil damit Investoren angezogen werden, die Wert auf Sicherheit und Transparenz legen. Investoren schätzen auch die stabilen Bedingungen, die gerecht und ethisch handelnde Regierungen und eine faire und unabhängige Justiz bieten. Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist deshalb ein wesentlicher Faktor für Investitionen und Handel.

Ich vertrete die Ansicht, dass die Rechtsstaatlichkeit eine maßgeblichere Rolle im Binnenmarkt spielen sollte. Wir können keinen fairen Wettbewerb haben, wenn immer mehr EU-Mitgliedstaaten diskriminierende Maßnahmen einführen (wie etwa zusätzliche Bürokratie und Steuern, die nur für ausländische Investoren gelten). Bestimmte Rechte, wie etwa das Recht auf Eigentum und die unternehmerische Freiheit, müssen besser durchgesetzt werden.

Der wirtschaftliche Aspekt der Rechtsstaatlichkeit zeigt sich besonders deutlich im Kontext der Erweiterung. Für Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer ist die Aussicht auf einen EU-Beitritt der größte Anreiz, Wirtschaftsreformen durchzuführen und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Die EU muss mit gutem Beispiel vorangehen, damit diese Länder auf dem Weg zum Beitritt bleiben und ihre Demokratie nach europäischem Vorbild weiterentwickeln. Das ist gerade jetzt wichtig, wo andere Länder ihre Anstrengungen verstärken, um beispielsweise im Westbalkan an Einfluss zu gewinnen.

All dies sind nur einige der Gründe, warum die Überwachung der wirtschaftlichen Dimension der Rechtstaatlichkeit intensiviert werden muss. Wir müssen diese Dimension stärker in den Mittelpunkt rücken. Der EWSA stellt sich dieser Aufgabe im Rahmen seiner derzeitigen Informationsreisen zum Thema Rechtsstaatlichkeit. Ich ersuche daher die Europäische Kommission

nachdrücklich, in ihren Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022 ein gesondertes Kapitel über die wirtschaftliche Dimension aufzunehmen. Langfristige Überlegungen und Investitionen sind in diesem Bereich zweifelsohne lohnenswert.

Christa Schweng,
Präsidentin des EWSA

BITTE VORMERKEN

1./2. März 2022, Brüssel

Konferenz der Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft

4. März 2022, Brüssel

Eine nachhaltige Zukunft für die europäische Industrie

8. März 2022, Brüssel

Konferenz: „Frauen auf dem Arbeitsmarkt“

15.–17. März 2022

Tage der Zivilgesellschaft 2022

23./24. März 2022

EWSA-Plenartagung

ZUR SACHE

In unserer Kolumne „Zur Sache“ befragen wir EWSA-Mitglieder zu Stellungnahmen zu wichtigen Themen mit Auswirkungen auf den Lebensalltag der Menschen in der EU.

Diesmal hat **Sandra Parthie** das Wort, deren Stellungnahme „Industrielle Ökosysteme, strategische Autonomie und Wohlergehen“, im Januar vom Plenum verabschiedet wurde. Sie erklärt, warum dieses Thema für die Bürgerinnen und Bürger der EU so wichtig ist.(ehp)



PROTEKTIONISMUS IST EINE SACKGASSE, KLIMANEUTRALITÄT IST DER SCHLÜSSEL ZUR ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIE

von Sandra Parthie

Umbruch, Übergang, Transformation, Strukturwandel – wir leben wahrlich in „spannenden Zeiten“. Die Menschen in Europa stehen heute vor mehreren Megatrends zugleich: dem Klimawandel und der notwendigen Verringerung der CO_2-Emissionen unserer Wirtschaft, der Digitalisierung mitsamt einer Neuorganisation der Arbeitswelt und der Deglobalisierung verbunden mit dem Bemühen, sich auf den Märkten zu behaupten.

In der Industrie wird der Wettbewerb immer schärfer und immer globaler. Lange war es für die Europäer selbstverständlich, weltweit die Regeln zu setzen, bei technischen Entwicklungen die Nase vorn zu haben und in den Genuss immer größeren Wohlstands in Wirtschaft und Gesellschaft zu kommen. All diese „Gewissheiten“ kommen jetzt jedoch ins Wanken. Europa läuft Gefahr, in einer von China und den USA dominierten neuen Weltordnung auf den dritten Platz verwiesen zu werden.

„Na und?“, mögen manche denken. Nun, das spielt durchaus eine große Rolle, denn Europa ist arm an natürlichen Ressourcen. Jahrhundertelang profitierten unsere Wirtschaft und Gesellschaft vom Welthandel und davon, dass wir uns Ressourcen beschaffen konnten, seien es Silber oder Gewürze, Erdöl oder Gas. Europa hat oft seine Handelspartner beherrscht und Handelsregeln und Normen in seinem Interesse gestaltet. Dies war ihm nur möglich aufgrund seiner Marktmacht und seiner Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit.

Das beginnt sich jetzt zu ändern. Die EU arbeitet zwar an der Vollendung ihres Binnenmarkts, doch gibt es nach wie vor viele interne Hemmnisse und viele nationale Interessen bremsen den Prozess. Und während sich die Mitgliedstaaten über Regulierungsdetails in den Haaren liegen, schwindet die Marktmacht der EU, insbesondere im Verhältnis zu Asien. Prognosen zufolge werden ganze 85 % des Wirtschaftswachstums bis 2030 außerhalb der EU generiert. Das heißt auf Märkten und nach Regeln und Normen, die von anderen Ländern festgelegt werden, in denen europäische Werte – vom Sozialschutz bis hin zu Arbeitnehmerrechten, sozialem Dialog, Arbeits- und Umweltstandards – nicht zählen. Das bedeutet auch, dass der Zugang zu unentbehrlichen Ressourcen für europäische Firmen und Unternehmer immer schwieriger wird. Nicht nur weil die weltweite Nachfrage und damit der Wettbewerb um diese Ressourcen zunimmt, sondern auch, weil zugleich Protektionismus und Zwangs- oder Vergeltungsmaßnahmen gegen Länder, Unternehmen und Volkswirtschaften auf dem Vormarsch sind. All diese Entwicklungen beeinträchtigen den Zugang zu Ressourcen, wie Seltenerdmetallen und Rohstoffen, die unsere verarbeitende Industrie braucht, damit sie funktioniert und gute Arbeitsplätze bereitstellen kann.

Mit dem Ruf nach strategischer „Autonomie“ kommt man diesem Problem nicht bei. Wer Protektionismus propagiert und nach wirtschaftlicher Eigenständigkeit strebt, gerät in eine Sackgasse. Europa kann gar nicht autonom sein, weil es ihm an Ressourcen mangelt. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als weiterhin für ein funktionierendes Welthandelssystem einzutreten.

Aber es braucht eine Strategie, die den Weg vorzeichnet. Europa muss einseitige Abhängigkeiten so gut es geht verringern, ressourcenintensive Konsum- und Produktionsmuster ändern, seine Verarbeitungskapazitäten erhöhen und Produktionsanlagen in Zukunftsbranchen entwickeln und darin

investieren. Das betrifft, insbesondere hochwertige Güter, bei denen es darauf ankommt, dass die EU ihren technischen Vorsprung und ihr Innovationspotenzial behält.

Nachhaltigkeit und Klimaneutralität sind daher völlig zu Recht die neuen Leitsätze für unsere Wirtschaftstätigkeiten. Ein wichtiger Faktor der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist Energie – genauer gesagt: die Art ihrer Erzeugung und ihr Preis. Der jüngste Anstieg der Energiepreise ist derzeit überall das große Thema und bereitet den privaten Haushalten ebenso wie der Industrie und der Politik Kopfzerbrechen. Die Geschichte lehrt uns zudem, dass dies besorgniserregende geopolitische Folgen haben kann. Europa ist für seine Energieversorgung nach wie vor stark von externen Erzeugern abhängig. Das zu ändern, wäre für unsere Volkswirtschaften in vielfacher Hinsicht vorteilhaft: Investitionen in erneuerbare Energien und eine dezentrale Energieversorgung werden europäische Hersteller beflügeln, die CO_2-Emissionen senken, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen mit ihren starken Preisschwankungen verringern und langfristig zu niedrigeren Energiepreisen führen. Folglich muss dies eine politische Priorität für Europa sein.

Gleichzeitig ist klar, dass die EU kein monolithischer Block ist. Die Fähigkeiten zur Anpassung an die neue Bedarfslage und zum Umgang mit den Umwälzungen sind daher von Region zu Region und von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. Der Übergang erfordert Investitionen in Forschung und Innovation, in die Infrastruktur, in die Unternehmensansiedlung, in günstige Herstellungs- und Verarbeitungsbedingungen für Unternehmen sowie in neue Technologien und Werkstoffe. Aber auch in Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Beschäftigten in Branchen, die unter dem Strukturwandel leiden, bei Bildung, beruflicher Fortbildung und Umschulung.

Nicht alle Mitgliedstaaten sind dafür gleich gut gerüstet. Darüber hinaus hat die Pandemie die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten vergrößert, und die Regierungen sehen die anstehenden Aufgaben und ihre Dringlichkeit ganz unterschiedlich. Diese Unterschiede dürfen der Politik jedoch nicht den Blick verstellen: Der Klimawandel wartet nicht bis zur nächsten Wahl, Gelder stehen für digitale und grüne Investitionen bereit, und die Verbesserung der Kapazitäten und des verantwortungsvollen Handelns der öffentlichen Verwaltungen sind keine Zauberei, sondern eine Frage des politischen Willens. Die Bürgerinnen und Bürger sind sich des laufenden Strukturwandels bewusst. Ihren Rückhalt für politische Maßnahmen zu seiner Bewältigung zu gewinnen, erfordert einen großen Einsatz an Konsultation und Kommunikation, insbesondere mit den Sozialpartnern und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Sandra Parthie leitet das Brüsseler Büro des Instituts der deutschen Wirtschaft. Sie gehört der Gruppe Arbeitgeber im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss an und ist Berichterstatterin für die EWSA-Stellungnahme Der mögliche Beitrag bestimmter industrieller Ökosysteme zur strategischen Autonomie der EU und zum Wohlergehen ihrer Bürger

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an ...“ beantwortet **Maria Nikolopoulou** Fragen von Leserinnen und Lesern von EWSA info zur Entstehungsgeschichte und Bedeutung der Ad-hoc-Gruppe Gleichstellung, deren Vorsitzende sie seit Kurzem ist. (ehp)



Maria Nikolopoulou: Unser Ziel ist immer die Etablierung einer Kultur der Gleichstellung

EWSA info: Sie wurden zur Vorsitzenden der Ad-hoc-Gruppe Gleichstellung des EWSA gewählt. Was sind die Hauptaufgaben dieser Gruppe?

Maria Nikolopoulou: Aufgabe unserer Gruppe ist es, im EWSA eine bereichsübergreifende Kultur der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung zu fördern. Daher besteht der erste Schritt darin, jene Bereiche zu ermitteln, in denen Mitglieder aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Weltanschauung möglicherweise Erfahrungen mit Ungleichbehandlung machen. Ferner sind wir bestrebt, die Mitwirkung von Frauen im EWSA zu erhöhen und so bald wie möglich ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu erreichen. Derzeit hat der EWSA 108 weibliche Mitglieder (32,82 %). Einerseits wollen wir mittel- bis langfristig dafür sorgen, dass es mehr weibliche Mitglieder gibt, und andererseits Frauen den Raum und die Voraussetzungen bieten, die sie brauchen, um aktiver werden. In diesem Zusammenhang wollen wir u. a. die Erhebung von Daten über die Mitwirkung von Frauen nicht nur als Mitglieder, sondern auch als Sachverständige und Referentinnen an unseren Aktivitäten verbessern.

Wie wird die Gruppe mit anderen EU-Institutionen und Organisationen zusammenarbeiten, die sich mit Gleichstellungsfragen beschäftigen?

Letztes Jahr standen wir in Kontakt mit **Evelyn Regner**, der ehemaligen Vorsitzenden des FEMM-Ausschusses des Europäischen Parlaments, sowie dem für Gleichstellung und Vielfalt zuständigen EP-Vizepräsidenten **Dimitrios Papadimoulis**, um uns über Ideen, bewährte Verfahren und Maßnahmen auszutauschen. Zudem haben wir nach dem Vorbild der EP-Initiative ebenfalls eine Europäische Woche der Geschlechtergleichstellung organisiert. Wir haben diese Idee auf unsere eigene Arbeit und unseren eigenen Zeitplan zugeschnitten und in den Fachgruppensitzungen zu Jahresende Debatten über für Frauen relevante Themen geführt, wobei die Palette von geschlechtsspezifischer Gewalt bis hin zu Frauen in der Landwirtschaft, im Schiffsverkehr, in der Wirtschaft und in den Außenbeziehungen reichte. Darüber hinaus organisieren wir gerade eine öffentliche Veranstaltung, die übertragen werden und von jetzt an alljährlich stattfinden soll, um den Internationalen Frauentag am 8. März zu begehen.

Dieses Jahr wollen wir mit unseren Aktivitäten am 8. März auch ein Publikum außerhalb des EWSA erreichen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt lenken.

EWSA info: Warum ist es Ihrer Ansicht nach für die Zivilgesellschaft wichtig, dass es diese Gruppe gibt?

Der EWSA ist Teil der Zivilgesellschaft. Die Organisationen, denen wir als Mitglieder angehören, fordern Respekt und fördern die Gleichstellung auf nationaler und lokaler Ebene. Unsere Aufgabe ist es, dies auch auf europäischer Ebene im „Haus der organisierten Zivilgesellschaft“ zu tun. Es reicht nicht, immer nur zu fordern. Wir müssen unsere Werte auch leben und uns so konsequent und kontinuierlich für die Etablierung einer Kultur der Gleichstellung einsetzen.

Maria Nikolopoulou, EWSA-Mitglied, Vorsitzende der Ad-hoc-Gruppe Gleichstellung

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir in der Rubrik „Unser Überraschungsgast“ eine Persönlichkeit vor, deren Arbeit und Engagement andere inspiriert und die durch ihren Mut, ihre Charakterstärke und ihre Entschlossenheit ein Vorbild ist.

In diesem Monat ist **Hanna Liubakova** bei EWSA info zu Gast, eine belarussische Aktivistin und Journalistin, die eindringlich mahnt, dass die belarussische Opposition Europa jetzt mehr braucht denn je. Sie appelliert an die Europäische Union und andere Geber, die Aktionen der Opposition zu unterstützen und insbesondere Journalisten und NGO bei ihrem Kampf für Freiheit und Demokratie zu helfen.

Sie sagt ihre Meinung offen heraus: Die Opposition brauche Unterstützung, damit eine respektvolle Debatte möglich sei und die Transformation vorankomme.

Hanna Liubakova ist eine Journalistin aus Belarus und nichtständige wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Atlantic Council, einer amerikanischen Denkfabrik. Sie arbeitet als Journalismus-Ausbilderin und Mentorin. Sie begann ihre Laufbahn bei dem einzigen unabhängigen belarussischen Fernsehsender Belsat, wo sie als Korrespondentin und Fernsehmoderatorin tätig war. Sie berichtete aus verschiedenen Ländern und Regionen, darunter Belgien, dem Vereinigten Königreich, Polen, Frankreich und Tschetschenien. Sie erhielt ein Václav-Havel-Stipendium für Journalismus bei Radio Free Europe/Radio Liberty in Tschechien und ein Stipendium des World Press Institute in den USA. Hanna Liubakova erwarb 2010 einen Abschluss in Kunstgeschichte an der Jagiellonen-Universität Krakau (Polen) und 2017 einen Master of Arts mit Auszeichnung in Internationalem Journalismus an der Brunel-Universität in London. Ihr wurde der Peter-Caws-Preis für die beste postgraduale Abhandlung verliehen. (ehp)



Hanna Liubakova: Zivilgesellschaft in Belarus braucht dringend Unterstützung

Die belarussische Gesellschaft hat sich grundlegend verändert. Seit 2020 ist eine dynamische Volksbewegung entstanden, die zu den größten Massenprotesten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion führte. Im Unterschied zu früheren Wahlen kamen bei dieser Basisbewegung Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammen. Sie haben sich mithilfe von Social-Media-Kanälen gefunden, und ihre führenden Figuren sind Frauen.

Der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko hat seine Glaubwürdigkeit und seinen Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Die Mobilisierung der Massen machte ihm Angst. Das Regime ringt seither um sein Überleben und setzt alles daran, jeglichen Widerspruch abzuwürgen. Die Zivilgesellschaft kam zuerst dran.

Die Repressionen waren die schlimmsten seit der Unabhängigkeit des Landes. Seit August 2020 wurden rund 40 000 Menschen verhaftet. Die Zahl anerkannter politischer Gefangener liegt bei knapp 1000 und steigt weiter.

Dennoch geben die Menschen in Belarus nicht auf. Sie haben Strukturen geschaffen, die das Fundament eines neuen Belarus bilden werden. Sie haben Reformen entwickelt und Gelder gesammelt, um Bedürftige und sich gegenseitig zu unterstützen. Die beiden größten Crowdfunding-Initiativen BySol und ByHelp erbrachten 7 Mio. US-Dollar zur finanziellen und rechtlichen Unterstützung von Repressionsopfern. Daraufhin beschuldigte das Regime diese Kampagnen der Extremismusfinanzierung und leitete Strafverfahren gegen ihre Gründer ein. In manchen Fällen wurden die Bankkonten der Empfänger von Hilfe aus diesen Programmen gesperrt.

Bei jedem gewaltsamen Vorgehen des Lukaschenko-Regimes gegen Demonstranten haben Menschenrechtsaktivisten in unermüdlicher Arbeit die Brutalität des Staates dokumentiert und versucht, politische Gefangene freizubekommen. Trotz der Sperrung von über 100 Websites und der Verdrängung aller großen unabhängigen Medien aus dem Land haben die Menschen selbstgemachte Zeitungen verteilt und ihre Augenzeugenberichte an Journalisten im Ausland geschickt. Zur Zeit sitzen 32 Medienschaffende im Gefängnis, aber der Informationsfluss ist nicht abgerissen.

Die heutige Zivilgesellschaft in Belarus ist entschlossen, hart im Nehmen und pfiffiger als der Staat. Sie steht aber auch unter gewaltigem Druck. Verhaftungen und Geldstrafen lassen die Organisationen personell ausbluten. Viele haben ihren Sitz ins Ausland verlegt, ihre Tätigkeit eingestellt oder arbeiten verdeckt. Mehr als 300 nichtstaatliche Organisationen wurden aufgelöst. In Belarus selbst wurden die schon eingeschränkten Möglichkeiten der Finanzierung noch weiter beschnitten.

Das macht es dringend notwendig, dass die demokratische Welt ihre Strategie zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in Belarus überdenkt. Hauptaufgabe ist es, die Strukturen vor Ort zu erhalten und den Organisationen zu helfen, die fliehen mussten.

- Zuallererst sollten Geberorganisationen bedenken, dass die laufenden Kosten durch Repression und Verlegung des Sitzes gestiegen sind und es für die Zivilgesellschaft schwerer geworden ist, im Inland an Einnahmen zu kommen.

- Zu beachten ist auch, dass die Aktionen anders aufgezogen werden müssen, wenn sie aus dem Ausland geleitet werden. Die meisten Organisationen können derzeit nur im Ausland überleben, während die Aktivitäten im Land meistens nur informell und in begrenztem Umfang möglich sind. Auch wenn es schwierig

ist, müssen die Menschen innerhalb des Landes unterstützt werden, wo viele Organisationen immer noch ihre Mitarbeiter haben.

● Viele Organisationen haben derzeit keinen Spielraum für die Planung ihrer Strategien, da sie nur Mittel für kurzfristige Projekte mit einer Laufzeit von höchstens einem Jahr erhalten. Es ist von großer Bedeutung, mehr Möglichkeiten für langfristige Unterstützung und Infrastrukturförderung zu schaffen. Dies gilt insbesondere für aus dem Ausland tätige Organisationen, damit sie Kontakt zu ihren Zielgruppen im Land halten können. Vernetzungen zwischen Aktivisten und Initiativen müssen aufgebaut und gepflegt werden.

● Darüber hinaus muss durch den Informationsaustausch zwischen Gebern und vertrauenswürdigen Hilfsempfängern darauf geachtet werden, dass die Hilfe möglichst sinnvoll verwendet und nicht von GONGOs, d. h. regierungsnahen NGOs und regierungstreuen Organisationen missbraucht wird.

Lukaschenko will Belarus in der Finsternis halten. Die Medien brauchen jetzt mehr Unterstützung denn je.

● Erstens ist eine Soforthilfe für Journalisten wichtig, die rechtliche, finanzielle und psychologische Unterstützung umfasst.

● Zweitens bedarf es einer institutionellen Unterstützung sowohl für bereits etablierte Medien als auch für den Aufbau eines dezentralen Netzes von Bloggern und Kommunikationskanälen innerhalb von Belarus. Die Menschen dürsten nach frischen Informationen.

● Drittens muss wirksamer gegen Propaganda und Desinformation vorgegangen werden. Es ist sehr wichtig, der Internetüberwachung entgegenzuwirken und belarussischen Journalisten Instrumente zur Umgehung der Zensur zu geben und ihre digitale Kompetenz zu verbessern. Das ist ein bedeutsamer Faktor, der zur Förderung der Souveränität des Landes beiträgt.

Die Unterstützung der Zivilgesellschaft erfordert eine langfristige Strategie, die flexibel und kreativ ist. Das Ergebnis wird eine Oppositionskultur sein, die eine respektvolle Debatte zulässt und den Transformationsprozess stärkt.

Hanna Liubakova

EWSA



EWSA: EU sollte bei Verstößen gegen Rechtsstaatlichkeit hart durchgreifen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) spricht sich entschieden gegen Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in der EU aus und plädiert dafür, dass der Rat der Europäischen Union und die Europäische

Kommission hohe abschreckende Strafen gegen Mitgliedstaaten verhängen, die die Rechtsstaatlichkeit systematisch in einer Art und Weise missachten, die den EU-Haushalt gefährdet.

In der auf seiner Plenartagung am 20. Januar verabschiedeten Initiativstellungnahme *Rechtsstaatlichkeit und Aufbaufonds* begrüßt der EWSA die EU-Verordnung 2020/2092, die es der Kommission ermöglicht, bei systematischen Mängeln der Rechtsstaatlichkeit in einem EU-Land finanzielle Sanktionen zu verhängen. Er fordert eine strikte Anwendung der Verordnung in allen für den Haushalt relevanten Bereichen.

„Die Rechtsstaatlichkeit ist die unabdingbare Grundlage für eine demokratische, pluralistische Gesellschaft in Europa und für das Weiterbestehen der EU“, so **Christian Bäumler**, Berichterstatter für die Stellungnahme.

Der EWSA empfiehlt, systematische Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit zu ahnden. Dazu sollte die EU alle sonstigen Sanktionsmittel einsetzen, wie etwa das Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 263 AEUV und das Verfahren nach Artikel 7 EUV.

Wenn ein EU-Land systematisch gegen die Rechtsstaatlichkeit verstößt, gefährdet dies nach Ansicht des EWSA immer die Umsetzung der von der EU finanzierten Programme oder beeinträchtigt sie zumindest ernsthaft und schadet dem EU-Haushalt. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle Empfänger von Zahlungen aus dem Unionshaushalt die Transparenzvorschriften einhalten und in der Lage sind, umfassend nachzuweisen, wofür die Mittel verwendet werden.

In den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen sollten auch die Maßnahmen dargelegt werden, die die Regierungen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit ergreifen werden.
Die meisten der bislang vorgelegten nationalen Pläne enthalten jedoch zu wenige diesbezügliche Initiativen. Darüber hinaus hat die Kommission bei der Bewertung dieser Pläne der Rechtsstaatlichkeit bisher nicht genügend Bedeutung beigemessen, was der EWSA für bedauerlich hält.

In der Stellungnahme fordert der EWSA, dass alle Mitgliedstaaten der verstärkten Zusammenarbeit zur Europäischen Staatsanwaltschaft beitreten und dass dies zur Voraussetzung für die Teilnahme an durch die EU finanzierten Programmen wird. Diese Zusammenarbeit zeitigt bereits erste Ergebnisse und dürfte langfristig zu einer enormen Verbesserung der grenzüberschreitenden Strafverfolgung beitragen. (ll)



Im Europäischen Jahr der Jugend 2022 müssen wir für greifbare und dauerhafte Ergebnisse für alle jungen Europäerinnen und Europäer sorgen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt, dass 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ausgerufen wurde. Dies muss jedoch über bloße PR-Kampagnen

hinausgehen, indem mit klaren Plänen zur EU-Jugendstrategie beigetragen und sichergestellt wird, dass dieses Jahr zu greifbaren Ergebnissen für alle jungen Europäerinnen und Europäer führt.

Auf der Januar-Plenartagung des EWSA stand eine Debatte über das Europäische Jahr der Jugend 2022 auf dem Programm, an der **Anne Kjær Bathel**, Vertreterin des Programms European Young Leaders, der Generalsekretär des Europäischen Jugendforums **Joe Elborn** und die Vorsitzende des Europäischen Lenkungsausschusses Jugend des Europarates **Miriam Teuma** teilnahmen.

„Junge Menschen müssen heute und in Zukunft bei der Gestaltung der Politik mitreden können“, so EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**. „Weil sie die Zukunft sind, müssen wir sie unbedingt einbeziehen und in sie investieren, um den Aufbau stabiler, friedlicher und nachhaltiger Gesellschaften und die Entwicklung einer Politik zu fördern, die den spezifischen Bedürfnissen der jüngeren Generationen gerecht wird.“

Der EWSA ist in einer idealen Position, um mit Jugendnetzwerken zusammenzuarbeiten und Kontakte zu knüpfen, und er kann und will eine führende Rolle im Europäischen Jahr der Jugend übernehmen. Hierfür stützt er sich auf seine erfolgreichen Initiativen wie „Your Europe, Your Say!“, die Jugend-Klima- und -Nachhaltigkeitsdebatten und seinen EU-Jugendklimagipfel im Frühsommer.

Der EWSA freut sich auf seine konstruktive Mitwirkung am Europäischen Jahr der Jugend 2022. Das Jahr muss zu greifbaren Ergebnissen für die jungen Menschen in Europa führen, in den Politikbereichen, die für sie relevant sind. (ks)



EWSA unterstützt Prioritäten des französischen EU-Ratsvorsitzes

Der EWSA teilt und unterstützt die drei Hauptziele des französischen Ratsvorsitzes: Aufschwung, Stärke und Zugehörigkeit. Dies machte Präsidentin Christa Schweng auf der Januar-Plenartagung am 19. Januar 2022 gegenüber dem französischen Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Clément Beaune, deutlich.

„Ich freue mich, dass viele Ihrer Prioritäten – ein souveräneres Europa, ein neues europäisches Wachstumsmodell und ein menschliches Europa – stark mit denen des EWSA übereinstimmen“, so **Christa Schweng**, die das Engagement und den Beitrag des EWSA zur Gestaltung eines resilienten, starken, nachhaltigen und inklusiven Europas hervorhob.

Staatssekretär Beaune betonte, dass der französische Ratsvorsitz das Europa von morgen mit Blick auf 2030 mitgestalten und die Grundlagen für weitreichende Veränderungen in den Bereichen Werte, Investitionen, Jugend, Kultur und Gesundheit schaffen wird. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei die Förderung der Werte sein, die uns alle vereinen, aber in den letzten Jahren geschwächt wurden, möglicherweise weil sie als selbstverständlich galten, wie etwa Rechtsstaatlichkeit und demokratische

Werte. „Wir wollen das Zugehörigkeitsgefühl fördern und uns für unsere Werte einsetzen. Ohne diese gemeinsame europäische Identität wird es kein politisches Projekt geben, das über die nationalen Identitäten hinausgeht“, betonte er.

In Bezug auf den bevorstehenden Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas fügte **Präsidentin Schweng** hinzu: „Als Haus der organisierten Zivilgesellschaft können wir in dieser heiklen Schlussphase Ihre besten Verbündeten sein. Es sind unbedingt greifbare Ergebnisse und transparente Folgemaßnahmen nötig. Die Menschen brauchen Transparenz und müssen sehen, dass die EU den Worten auch Taten folgen lässt. Daher wird der französische Ratsvorsitz eine wichtige Rolle beim Erfolg der Konferenz spielen und dabei, die EU wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern zu verankern.“

Clément Beaune sagte zu, dass die Konferenz zur Zukunft Europas konkrete Vorschläge hervorbringen wird, die „rasch umgesetzt werden müssen, denn die Konferenz darf keine reine Trockenübung sein, sondern soll den Weg für echte Reformen ebnen.“ (mp)



Ein ausreichendes, nachhaltiges, zugängliches und hochwertiges Betreuungsangebot für ältere Menschen ist unabdingbar

Nach Überzeugung des EWSA muss die Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen durchgängig in der Politikgestaltung der EU berücksichtigt werden, da sich der Anteil der über 80-Jährigen bis 2050 voraussichtlich mehr als verdoppeln wird.

Die Pandemie hat hier Mängel offenbart, und die Initiative der Kommission zur Konzipierung einer neuen europäischen Pflegestrategie ist aus Sicht des EWSA ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings müssen beratende Einrichtungen und europäische Seniorenorganisationen ein Mitspracherecht haben.

In seiner auf der Plenartagung im Januar verabschiedeten Initiativstellungnahme „Auf dem Weg zu einem neuen Betreuungsmodell für ältere Menschen: Lehren aus der COVID-19-Pandemie“ untersuchte der EWSA die verschiedenen Langzeitpflegemodelle für Menschen über 65, die unter Autonomieverlust leiden oder aufgrund von Pflegebedürftigkeit in Heimen sind.

Miguel Ángel Cabra De Luna, Berichterstatter für die Stellungnahme, betonte: „Die Betreuung älterer Menschen muss ein Eckpfeiler der EU-Politik und Teil der Umsetzung des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte sein.“

Der EWSA schlägt die Einrichtung einer Europäischen Beobachtungsstelle für die Altenpflege vor, die es ermöglichen würde, ausreichende statistische Daten zu erheben, bewährte Verfahren zwischen verschiedenen staatlichen Modellen zu vergleichen, strukturelle Schwächen in den nationalen Systemen zu ermitteln, technische Unterstützung zur Erleichterung der Annahme gemeinschaftlicher Leitlinien zu leisten

und zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte beizutragen.

Zudem fordert der EWSA in seiner Stellungnahme ein Europäisches Jahr der älteren Menschen, um gemäß Artikel 25 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union die Grundrechte älterer Menschen und ihren Beitrag zur Gesellschaft anzuerkennen.

Während der Pandemie wurden die Rechte und Bedürfnisse älterer Menschen nur teilweise berücksichtigt, wodurch die konzeptionellen, strukturellen und funktionellen Mängel der Altenpflegemodelle zutage traten. In einem breiteren Kontext hat diese Situation noch stärker vor Augen geführt, dass die Alterung der Bevölkerung eine zentrale strategische Herausforderung für die EU und ihre Mitgliedstaaten ist. (at)



Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: Neue Berufsrisiken erfordern einen starken sozialen Dialog

Trotz der durch die Digitalisierung der Arbeit veränderten Berufsrisiken – die zu einem Anstieg von Stress und Burnout-bedingten Erkrankungen, ergonomischen Problemen sowie zu einem leichten Rückgang der Zahl der Arbeitsunfälle geführt haben – ist der soziale Dialog nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Förderung von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, so der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in seiner Stellungnahme „Der soziale Dialog als Mittel zur Förderung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz“.

„Über den sozialen Dialog durchgeführte Arbeitsschutzmaßnahmen tragen nicht nur zu einer besseren Gesundheit der Arbeitskräfte bei, sondern können auch die Rentabilität der Unternehmen verbessern und die Kosten für Gesundheitsversorgung und Fehlzeiten senken. Der Gesellschaft entstehen pro Jahr Kosten in Höhe von 476 Milliarden Euro bzw. 3,3 % des EU-BIP durch Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten“, so die Berichterstatterin für die Stellungnahme **Franca Salis-Madinier**.

Die Qualität des sozialen Dialogs ist jedoch von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Daher werden autonome Vereinbarungen der Sozialpartner im Bereich des Arbeitsschutzes in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht einheitlich umgesetzt.

Dem EWSA zufolge müsste der europäische soziale Dialog gestärkt werden, um einen einheitlichen Schutz aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU zu gewährleisten.
Die Europäische Kommission sollte daher klare Kriterien aufstellen, um sicherzustellen, dass die von den Sozialpartnern ausgehandelten Vereinbarungen in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union, in dem dieser zu dem Schluss kam, dass die Kommission nicht verpflichtet ist, den Anträgen der Sozialpartner auf Umsetzung der geschlossenen Vereinbarungen nachzukommen.

Neben einem erfolgreichen sozialen Dialog erfordert die Festlegung der allgemeinen Leitlinien für den Arbeitsschutz jedoch auch einen starken Regulierungsrahmen. Vereinbarungen, die auf Antrag beider Unterzeichnerparteien zu Richtlinien des Rates führen, scheinen wirksamer zu sein, weil sie konkrete Aktionspläne in den Mitgliedstaaten gewährleisten.
Der EWSA fordert daher neue Leitlinien für die Telearbeit, mehr Ehrgeiz bei der Krebsbekämpfung sowie EU-Richtlinien für Muskel-Skelett-Erkrankungen und psychosoziale Risiken, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU zu einem immer größeren Berufsrisiko werden.

Die Gruppe Arbeitgeber des EWSA hatte eine ganze Reihe von Änderungsanträgen zu der Stellungnahme vorgelegt und sich darin insbesondere gegen neue Regulierungsmaßnahmen wie etwa die vorgeschlagene EU-Maßnahme zu Muskel- und Skeletterkrankungen und psychosozialen Risiken sowie gegen die Ausarbeitung neuer Leitlinien für die Telearbeit ausgesprochen.
Die auf Ersuchen des französischen EU-Ratsvorsitzes ausgearbeitete Stellungnahme wurde auf der EWSA-Plenartagung im Januar mit 172 gegen 32 Stimmen bei 70 Enthaltungen verabschiedet. (ll)



EWSA fordert Finanz-Ombudsleute und Hilfestellungen für europäische KMU bei künstlicher Intelligenz

Der EWSA sieht in speziellen Ombudsleuten eine Möglichkeit, kleinen und mittleren Betrieben (KMU) in Europa bei Finanzierungsproblemen zu helfen. Außerdem betont er, dass der politische Wille vorhanden sein muss, KMU bei der Einführung von künstlicher Intelligenz (KI) zu unterstützen.

Auf seiner Januar-Plenartagung hat der EWSA zwei Berichte zu einigen akuten Problemen der KME verabschiedet.

In der Initiativstellungnahme KMU-Strategie der nächsten Generation – Verbesserung der wirksamen und raschen Umsetzung hat der EWSA auf die Probleme der KMU mit Krediten, Liquidität, Cashflow und Zahlungen aufmerksam gemacht, die gerade auch in der COVID-Pandemie von großer Aktualität sind. Er hat daher angeregt, ein Netz von Finanz-Ombudsleuten aufzubauen, das sich den folgenden Aspekten widmen soll:

• bessere Kreditmöglichkeiten für KMU
• Ergründung, ob und wie intermediäre Finanzinstitute Finanzierungsinstrumente zur Versorgung von KMU nutzen, die einen dringlichen Finanzierungsbedarf haben
• Schlichtung von Streitigkeiten zwischen KMU und Finanzdienstleistern.

Der EWSA regt außerdem an,

• eine Expertengruppe für KMU-Liquidität einzurichten, die die neuen, von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der kurzfristige Liquidität von Kleinstunternehmen überwachen soll;

• ein Ein-Blatt-Antragsverfahren für KMU einzuführen, die EU-Fördermittel beantragen wollen, dafür aber kaum Personal und Rechtsexperten haben;

• mehr Möglichkeiten zu schaffen, dass KMU Angebote für öffentliche Aufträge abgeben und den Zuschlag erhalten können.

In der Initiativstellungnahme *Entwicklung der künstlichen Intelligenz in europäischen Kleinstunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU)* verwies der EWSA auf die Bedeutung eines starken politischen Willens, um die Schwellen bei der Einführung von KI in den KKMU abzusenken.

Der politische Wille ist notwendig, um Vertrauen aufzubauen. Unter anderem die Sozialpartner, Handelskammern und Berufsverbände sind aufgerufen, Vorbehalte vor künstlicher Intelligenz in den europäischen KKMU abzubauen.

Der EWSA schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, die ebenfalls ein dauerhaftes politisches Engagement erfordern, und zwar vor allem:

• Schul- und Berufsbildung zur Hebung der allgemeinen KI-Kenntnisse
• unkomplizierte Förderung von KKMU aus öffentlichen und privaten Mitteln für KI
• flächendeckende Bereitstellung von Infrastruktur und Verbindungen
• Sensibilisierung für Cybersicherheit
• größtmögliche Reichweite für bewährte Verfahren und Erfolgsgeschichten. (dm)



EWSA: Sozialwirtschaft – Anpassung der Investitionen für eine stärkere Mobilisierung von Finanzmitteln

Wenn die Sozialwirtschaft über die Anreize aus öffentlichen Programmen hinaus weiter wachsen soll, sind neue Finanzinstrumente erforderlich, so der EWSA in einem neuen Bericht, in dem auch Schulungen im Finanzbereich gefordert werden, um die private Investitionen anzukurbeln.

Angemessene Investitionen in die Sozialwirtschaft können nur dann mobilisiert werden, wenn geeignete Finanzinstrumente für ein Gleichgewicht zwischen der Sozialwirksamkeit, einem angemessenen Ertragsniveau für die Investoren und einem fairen Risiko für die Sozialunternehmen sorgen, erklärt der EWSA in einer im Januar verabschiedeten Stellungnahme.

Berichterstatter **Giuseppe Guerini** führt aus: „Es ist dringend erforderlich, Privatinvestoren und Sozialwirtschaft besser zusammenzubringen. Wir sind der Ansicht, dass die Finanzakteure den

Organisationen der Sozialwirtschaft allzu häufig nur deshalb ein hohes Risiko bescheinigen, weil sie bei der Bewertung Instrumente anwenden, die normalerweise für andere Unternehmensformen gedacht sind.

Sozialwirksame Investitionen sollten den folgenden Kriterien gerecht werden:

- klare und gezielte Absicht, positive Wirkung im sozialen Bereich zu erzielen;
- Unterstützung von Unternehmen, die eindeutig als Unternehmen der Sozialwirtschaft anzusehen sind;
- Festlegung von Erwartungswerten in Bezug auf gerechte, nachhaltige und transparente wirtschaftliche Erträge, selbst dort, wo sie unter dem Durchschnitt der Marktrenditen liegen;
- Bereitschaft, einen Teil der Vermögenswerte in andere Investitionen mit sozialer Zielsetzung fließen zu lassen;
- messbare Auswirkungen;
- Übereinstimmung mit den Werten des Unternehmens, in das investiert wird.

Damit die Investitionslücke geschlossen werden kann, müssen beide Seiten einander gut kennen. „Die Finanzakteure müssen besser unterstützt werden, damit sie die Funktionsweise von Sozialunternehmen verstehen und diesen wiederum zu einem besseren Verständnis der Finanzwelt und Finanzinstrumente verhelfen können“, so Mitberichterstatterin **Marie Pierre le Breton**.

Zielführend ist auch die Verbreitung bewährter Verfahrensweisen, wie des von der finnischen Regierung konzipierten „Kompetenzzentrums für sozialwirksame Investitionen“ oder der französischen *pay-by-result*-Investitionsmodelle. Zur Bewertung der Auswirkungen müssen jedoch EU-weite objektive Indikatoren (z. B. geschaffene Arbeitsplätze) oder subjektive Kriterien (Wohlergehen der Bevölkerung) festgelegt werden.



EWSA präsentiert Konzept für Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit

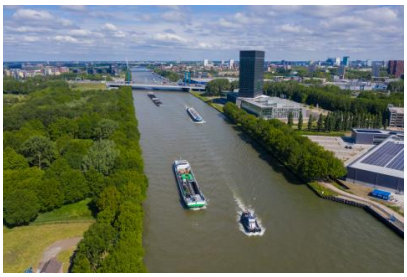
In der auf seiner Plenartagung am 19. Januar 2022 verabschiedeten Stellungnahme Ernährungssicherheit und nachhaltige Lebensmittelsysteme hat der EWSA wesentliche Stellhebel ermittelt, die zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Lebensmittelerzeugung in der EU sowie zur Verringerung der Abhängigkeit von Einfuhren und gleichzeitig zu einer besseren Selbstversorgung der EU mit Proteinen beitragen können.

Damit eine umfassende Lebensmittelpolitik ihre Wirkung für die europäischen Verbraucher auch tatsächlich entfalten kann, ist es entscheidend, dass die in der EU nachhaltig erzeugten Lebensmittel preislich und qualitativ wettbewerbsfähig sind. Das bedeutet, dass die europäische Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Lage sein muss, den Verbrauchern Lebensmittel zu Preisen anzubieten, die zusätzliche Kosten für Kriterien wie Nachhaltigkeit, Tierschutz, höhere Betriebsmittelkosten, Lebensmittel- und Ernährungssicherheit sowie Nährwert mit einschließen und zugleich eine angemessene Vergütung der Landwirte ermöglichen, damit

europäische Lebensmittel auch weiterhin die bevorzugte Wahl für die große Mehrheit der Verbraucher bleiben.

Auch wenn der europäische Grüne Deal mit den Grundsätzen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie die Gelegenheit bietet, den „Gesellschaftsvertrag für die Lebensmittelversorgung“ zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu bekräftigen, bleibt noch viel zu tun. „Die Europäische Kommission schlägt zu wenige konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Agrar- und Lebensmittelsektors und der Einkommen der Landwirte und Arbeitnehmer sowie zur Förderung fairer Preise und zur Sensibilisierung für den Wert von Lebensmitteln vor“, betonte Mitberichterstatter **Peter Schmidt**.

Wie der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Arnold Puech d‘Alissac**, herausstellte, „sind die Förderung einer offenen strategischen Autonomie, die gegenseitige Anerkennung von Handelsstandards, die Förderung der Forschung, eine verstärkte Digitalisierung, die Entwicklung innovativer Technologien und innovativen Saatguts sowie ein leichterer Zugang der Landwirte zu Schulungen in diesen neuen Technologien wesentliche Ansatzpunkte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Erzeuger.“
Ein verstärkter unionsweiter Anbau von Hülsenfrüchten und Getreidesorten mit hohem Eiweißgehalt sowie von Ölsaaten und Presskuchen würde den Landwirten in der EU zugutekommen und sich positiv auf das Klima, die Artenvielfalt und die Umwelt auswirken. (mr)



Die Binnenschifffahrt braucht Investitionen

Die EU muss den Verkehr in Europa kontinuierlich an den aktuellen und künftigen Bedarf anpassen, insbesondere angesichts der Entwicklung der Verkehrsnachfrage und des tendenziellen Wachstums der Umsätze von Seehäfen Der Hauptschwerpunkt muss auf Multimodalität und intelligenten Schifffahrtslösungen liegen. Dabei müssen die Vorteile der verschiedenen Verkehrsträger optimal genutzt werden, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erreichen. Gleichzeitig gilt es, die Sicherheit zu erhöhen und die Umweltbelastung zu reduzieren.

So lautet die wichtigste Botschaft der von **Mateusz Szymański** erarbeiteten Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung NAIADES III: Förderung einer zukunftssicheren europäischen Binnenschifffahrt, die auf der EWSA-Plenartagung im Januar verabschiedet wurde.

Am Rande der Tagung erklärte **Herr Szymański**: „NAIADES III ist ein wichtiger Aktionsplan. Der EWSA unterstützt die Bemühungen um eine Erhöhung des Anteils der Binnenschifffahrt am Personen- und Güterverkehr. In diesem nach wie vor unerschlossenen Bereich steckt ein enormes Potenzial. Wir brauchen politischen Willen und Engagement auf vielen Ebenen, um Unterstützungsmaßnahmen für die Entwicklung und Instandhaltung der Infrastruktur und für die Förderung der Karrieremöglichkeiten in der Binnenschifffahrt auf den Weg zu bringen. Das TEN-V-Netz muss ebenfalls aktualisiert werden, um neuen Verkehrstrends Rechnung zu tragen.“ (mp)



Gebiete in äußerster Randlage von großer Bedeutung für die Zukunft der EU

In einer auf Ersuchen des französischen Ratsvorsitzes erarbeiteten Sondierungsstellungnahme fordert der EWSA die Europäische Kommission auf, den erheblichen Nutzen zu berücksichtigen, den die Gebiete in äußerster Randlage für die Zukunft der EU bringen können.

Die Kommission sollte durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass diese Gebiete bei der Erholung nach der COVID-19-Krise, bei der Klimawende sowie beim gesellschaftlichen oder beim digitalen Wandel den Anschluss nicht verlieren. Der EWSA empfiehlt wichtige neue Schritte, um in den Gebieten in äußerster Randlage Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und Energie, ökologischen Wandel, nachhaltigen Tourismus, soziale Eingliederung, Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft, Kompetenzerwerb sowie Wasser- und Sanitärversorgung zu gewährleisten.

Berichterstatter **Joël Destom** erklärte: „Die Gebiete in äußerster Randlage sollten als Laboratorien für weltweite Fortschritte gesehen werden. Sie können zu reproduzierbaren Modellen werden."

Mitberichterstatter **Gonçalo Lobo Xavier** ergänzte: „Der EWSA fordert, dass der digitale Zugang in den Gebieten in äußerster Randlage sichergestellt und der Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung als Großprojekt in die nächsten operationellen Programme aufgenommen wird". (tk)



Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets für 2022: EWSA schlägt wesentliche Ergänzungen zu den Empfehlungen der Kommission vor

Im Januar 2022 verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zu den Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets für 2022. Darin berücksichtigte er auch die aktuelle Lage.

Berichterstatter **Juraj Sipko** beschreibt die Lage wie folgt: „Zu den größten Herausforderungen für die Wirtschaft des Euroraums gehören die steigende Verschuldung der öffentlichen Hand, die hohe Inflation und die Frage, wie wir den weiteren Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft bewältigen können, ohne dabei die soziale Stabilität aus dem Auge zu verlieren."

Der EWSA ist der Auffassung, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU diesen Bedingungen nicht mehr gerecht wird. Die Bankenunion muss schneller vorankommen, und auch die Kapitalmarktunion muss vollendet werden. Außerdem sorgt sich der EWSA um die wachsende sozialen Instabilität und fordert

deshalb neue, besser geeignete Indikatoren für Ungleichheit und Armut. (tk)



EWSA warnt vor möglichen negativen sozioökonomischen Folgen des Energiesteuervorschlags

In einer im Januar 2022 verabschiedeten Stellungnahme begrüßt der EWSA das Ziel der Europäischen Kommission, den bestehenden EU-Rahmen zu präzisieren und zu aktualisieren und die Besteuerung in Europa so zu gestalten, dass nachhaltige nicht-fossile Energie begünstigt wird.

Der EWSA ist jedoch auch besorgt über die möglichen negativen sozioökonomischen Auswirkungen bestimmter Maßnahmen des Richtlinienvorschlags der Europäischen Kommission.

„Wir fordern eine flexiblere Haltung in Bezug auf zulässige Biokraftstoffe und ihre Besteuerung“, so Berichterstatter **Stefan Back**.

Zudem empfiehlt der EWSA, den Begriff „Energiearmut“ statt des Begriffs „vulnerable Haushalte“ zu verwenden, fordert eine Rückerstattung von Umweltsteuern an die am stärksten betroffenen Verbraucher und plädiert dafür, das EU-Preissystem so anzupassen, dass es den Preis aller Energieformen widerspiegelt.

„Ferner bedauert der EWSA, dass in dem Vorschlag keine geeigneten Maßnahmen zur Vermeidung von Mobilitätsarmut vorgesehen sind“, ergänzt Mitberichterstatter **Philippe Charry**. (tk)



Zugang zu Rohstoffen: eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des grünen und digitalen Wandels

Auf einer hochrangigen Konferenz des EWSA am 31. Januar wurde eingehend über die zentrale Rolle von Rohstoffen diskutiert. Dabei standen vor allem zwei Aspekte im Mittelpunkt: Die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe als wesentliche Voraussetzung für die strategische Autonomie der EU beim grünen und digitalen Wandel sowie die Bedeutung des Kreislaufprinzips für die erforderliche Schaffung eines Marktes für Sekundärrohstoffe in Europa.

„Bei den meisten Rohstoffen ist Europa stark von Drittstaaten abhängig. Europa muss den Weg weisen und zeigen, dass eine ökologisch und menschlich nachhaltige Rohstoffbranche möglich ist“, erklärte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**, die auch die Notwendigkeit weltweiter strategischer Partnerschaften mit gleichgesinnten Ländern hervorhob.

Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, richtete sich in einer Videobotschaft an die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer und betonte: „Bis 2050 werden wir für Elektrofahrzeugbatterien 60-mal mehr Lithium benötigen. Die Kreislaufwirtschaft wird zweifellos die neue Rohstoffquelle der Zukunft sein. Mit diesem weiteren wichtigen Instrument werden wir für sichere und resiliente Versorgungsketten sorgen können. Der EWSA und die Europäische Kommission ziehen hier an einem Strang."

Aus Sicht der französischen Staatssekretärin für Industrie **Agnès Pannier-Runacher** ist Europa auf kritische Rohstoffe angewiesen, um bei der Umstellung auf eine kreislauforientierte grüne und digitale Wirtschaft seine Autonomie zu wahren. Da die Energieautonomie zu den Prioritäten des französischen EU-Ratsvorsitzes gehört, „dürfen wir nicht zulassen, dass wir von unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in eine neue Abhängigkeit von strategischen Metallen geraten", erklärte sie.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren einhellig der Meinung, dass die EU in diesem Bereich eine weltweite Führungsrolle übernehmen und dementsprechend ihre Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards stärker anheben muss als je zuvor.
„Der EWSA ist sich vollauf bewusst, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die von der Europäischen Kommission erwogenen Maßnahmen sind seiner Ansicht nach entscheidend, um die industrielle Basis der EU zu erhalten und zu stärken", so der Vorsitzende der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel des EWSA,**Pietro Francesco De Lotto**, der die Konferenz leitete.

Fazit: Die öffentlichen Einrichtungen müssen weiterhin gemeinsam handeln, und die Zivilgesellschaft muss ihr Engagement in diesem Bereich fortsetzen.

Die Konferenz fand im Rahmen der Tätigkeiten des EWSA zur Konferenz zur Zukunft Europas statt. (ks)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Der Grüne Deal wird alles verändern, auch die Geopolitik

Von Dimitris Dimitriadis, Mitglied der Gruppe Arbeitgeber und Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Außenbeziehungen

Mit dem europäischen Grünen Deal und dem Ziel einer klimaneutralen EU-Wirtschaft wird ein Paradigmenwechsel vollzogen, der unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und unsere Beziehungen zum Rest der Welt revolutionieren wird.

Auf der Klimakonferenz in Glasgow wurde endlich von allen anerkannt, dass dringend Handlungsbedarf besteht. Die EU liegt in diesem Wettlauf gegen die Zeit immer noch ganz an der Spitze: Es ist die Aufgabe Europas, mit gutem Beispiel voranzugehen. Und es liegt auch in unserem Interesse, unsere Wirtschaft rasch

zu modernisieren und in den Bereichen Recycling und Kreislaufwirtschaft, CO_2-Abscheidung aus der Atmosphäre, grüner Wasserstoff, Solar- und Windkraftanlagen weltweit führend zu bleiben oder zu werden.

Europa ist weltweit der größte Markt, und die Auswirkungen unserer Umstellung auf Klimaneutralität, des Übergangs von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien und der Verringerung der Energieabhängigkeit werden überall zu spüren sein. Denken Sie nur an unsere Öl- und Gasimporte aus Russland und Algerien.

Im Einklang mit unserer traditionellen Verpflichtung zum Multilateralismus müssen wir die Auswirkungen auf Drittländer berücksichtigen und den schwächeren Ländern helfen, die weniger zur globalen Erwärmung beigetragen haben, aber für ihre Folgen einen höheren Preis zahlen werden. Ebenso sollte die EU unverzüglich Verhandlungen mit unseren engsten Nachbarn aufnehmen, um sie dabei zu unterstützen, ihre Ziele innerhalb des richtigen Zeitrahmens zu erreichen.

Die Vereinigten Staaten stehen unserem CO_2-Grenzausgleichssystem, das sie als potenziell protektionistische Maßnahme ansehen, immer noch misstrauisch gegenüber. Andererseits kann Europa diesen Mechanismus nicht aufgeben, da er es uns ermöglicht, die Verlagerung von CO_2-Emissionen zu verhindern.

Was die Abhängigkeit vom Ausland betrifft, so stellt sich auch die drängende Frage nach kritischen Rohstoffen. China liefert 95 % aller seltenen Erden, die weltweit für neue Technologien verwendet werden. Es ist an der Zeit, zu handeln und unsere Versorgungsquellen zu diversifizieren.

Wir haben die Wissenschaft, die Technologie, die Finanzierungsmöglichkeiten und die Ideen. Was wir nicht haben, ist Zeit: Die EU muss schnell handeln, und der EWSA wird die Entwicklungen verfolgen und in allen Phasen die Standpunkte und Ideen der Zivilgesellschaft zum Ausdruck bringen.

Den vollständigen Artikel finden Sie hier: europa.eu/!39cXrP (kr)



Der soziale Dialog als Mittel zur Förderung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

von der Gruppe Arbeitnehmer

In einer Zeit der Krisen und Veränderungen in der Arbeitswelt kann der soziale Dialog ein wesentliches Instrument zur Erreichung von drei Kernzielen sein: Antizipation und Bewältigung künftiger Veränderungen als Folge des ökologischen, digitalen und demografischen Wandels, Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie Vorbereitung auf mögliche künftige Gesundheitskrisen.

Die EU muss in Verbindung mit dem sozialen Dialog soweit erforderlich neue Regulierungsmaßnahmen ergreifen, Leitlinien für Fälle wie Telearbeit vorlegen sowie die europäische Rahmenvereinbarung von 2002

aktualisieren.

Die Pandemie bietet die Gelegenheit, neue kollektive Kapazitäten zu schaffen, damit künftige Krisen bewältigt und ihre Auswirkungen auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz abgemildert werden können. Die Aufbaupläne sollten die Möglichkeit bieten, die Rolle der Sozialpartner in den Mitgliedstaaten zu stärken, in denen sie am wenigsten Gewicht haben.

Die Kosten für Berufskrankheiten wie Herzerkrankungen und Burn-out müssen sorgfältig beobachtet werden, um im Sinne des Ansatzes „Vision Zero“ auf der geeigneten Ebene geeignete Maßnahmen zu ermitteln und damit tödliche Arbeitsunfälle in der EU zu verhindern.

Über den sozialen Dialog durchgeführte Arbeitsschutzmaßnahmen tragen zu einer besseren Gesundheit der Arbeitskräfte bei, können die Rentabilität der Unternehmen verbessern und die Kosten für Gesundheitsversorgung und Fehlzeiten senken. Die gesellschaftlichen Kosten arbeitsbedingter Verletzungen und Krankheiten werden auf 3,3 % des EU-BIP (476 Milliarden Euro) geschätzt, was mehr als der Hälfte der Mittel des Aufbaupakets entspricht.

Deshalb müssen wir eine Präventionskultur entwickeln, unter anderem durch Schulung der Akteure im Bereich des sozialen Dialogs, durch Sensibilisierung für neu entstehende Risiken und durch die Stärkung und Verbreitung der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Zweigliedrige Verhandlungen zwischen den europäischen Sozialpartnern sind im Hinblick auf die Lösung von Problemen im Bereich des Arbeitsschutzes äußerst wichtig. Die autonomen Vereinbarungen werden jedoch in Abhängigkeit der jeweiligen Intensität des sozialen Dialogs und der Vielfalt der Systeme der Arbeitsbeziehungen in den Mitgliedstaaten manchmal uneinheitlich angewandt. Aus diesem Grund bedarf es rechtlicher Regelungen für bestimmte Problematiken wie psychosoziale Risiken und Muskel-Skelett-Erkrankungen. (prp)



Mitglieder der Gruppe Vielfalt Europa äußern ihre Erwartungen an den französischen Ratsvorsitz

von der EWSA-Gruppe Vielfalt Europa

Der französische EU-Ratsvorsitz hat seine Arbeit aufgenommen und französische Mitglieder der Gruppe Vielfalt Europa äußern ihre mit diesem Halbjahr verknüpften Hoffnungen. Diese reichen von der Stärkung der europäischen Demokratie bis hin zur Verlagerung des Schwerpunkts von der Union auf die Unionsbürgerinnen und -bürger.

Frankreich hat seit dem 1. Januar 2022 den sechsmonatigen Vorsitz im Rat der EU inne. Eine seiner Prioritäten ist die Stärkung der europäischen Demokratie. Das Programm des französischen Ratsvorsitzes beruht auf drei Hauptzielen, darunter ein menschliches Europa, das den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der laufenden Konferenz zur Zukunft Europas Gehör schenkt.

Als Vertreter der Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt der EWSA dieses Ziel und ist aktiv an der Konferenz beteiligt. Die französischen Mitglieder der EWSA-Gruppe Vielfalt Europa hegen große Erwartungen.

Dominique Gillot (Allgemeiner Verband für öffentliche Schulbildung FG-PEP, Nationaler Beirat der Menschen mit Behinderungen CNCPH) hofft, dass „die Idee eines inklusiven Europas in Bezug auf Solidarität und Gesundheit, umfassende Bürgerbeteiligung und besondere Aufmerksamkeit für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen bekräftigt wird".

Patricia Blanc (Verein „Imagine for Margo – Children without cancer") ist der Ansicht, dass durch COVID-19 die Gesundheit in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt wurde: „Es darf nicht vergessen werden, dass jedes Jahr Millionen von Menschen in Europa von Krebs und seltenen Krankheiten betroffen sind."

Joël Destom (Mutuelle Interprofessionnelle Antilles Guyane (MIAG), AG2R La Mondiale) hofft, dass „das Motto des französischen Ratsvorsitzes, nämlich ‚Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit', sowie soziale, digitale und Klimafragen in den Überseegebieten noch größeren Nachhall finden".

Arnaud Schwartz (France Nature Environnement (FNE)) wünscht sich „einen in Wort und Tat ambitionierten französischen Ratsvorsitz, der das Umweltrecht korrekt umsetzt".

Laurence Sellos (Landwirtschaftskammer Seine Maritime) befürchtet, dass die europäische Agrarproduktion durch den Grünen Deal in seiner derzeitigen Form drastisch zurückgehen wird. „Wir fordern den französischen Ratsvorsitz nachdrücklich auf, diese Position zu überprüfen, damit die Wissenschaft die Landwirtschaft bei der Beschleunigung der agrarökologischen Wende und uns bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützen kann", so Laurence Sellos.

Thierry Libaert (Umweltschutz-Stiftung „Fondation Nicolas-Hulot pour la nature et l'homme") schließlich vertritt die Auffassung, dass „Europa für ein großartiges Ziel steht, aber an Dynamik verloren hat und undurchsichtig wirkt." Und er fügt hinzu: „Der französische EU-Ratsvorsitz bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Bürgerinnen und Bürger wieder mit Europa in Kontakt zu bringen. Lassen Sie uns also weniger über Europa und mehr über die Europäerinnen und Europäer sprechen."

Auf der Website des Ausschusses erfahren Sie mehr über die Arbeit der Gruppe Vielfalt Europa im Hinblick auf die Konferenz zur Zukunft Europas und im Zusammenhang mit dem französischen Ratsvorsitz. (jk)

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



„Bleibt bei uns“: Fotoausstellung zur Erdbebenkatastrophe in Kroatien

Der EWSA veranstaltet eine Fotoausstellung, um an die Erdbebenkatastrophe vom 20. Dezember 2020 in Kroatien zu erinnern.

Unter dem Titel „Bleibt bei uns“ soll diese Sammlung von 25 Fotos für die verheerenden Auswirkungen von Naturkatastrophen auf alle Formen menschlicher, sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten sensibilisieren.

Die Bilder zeigen Handwerker, die zwar ihre Arbeitsstätten verloren hatten und nicht weiterarbeiten konnten, aber mit ihrem Gemeinschaftssinn und ihrer positiven Einstellung anderen Menschen Mut machten.

Die Fotos sind vornehmlich in den Regionen Sisak, Petrinja, Glina und Umgebung aufgenommen und vermitteln nicht nur einen Eindruck von den Zerstörungen, sondern auch von den zahllosen Problemen, die ein Jahr nach der Katastrophe noch gelöst werden müssen, damit wieder Normalität einkehren kann.

Die Ausstellung ist **vom 15. Februar bis 15. März 2022** ausschließlich in digitaler Form auf dem EWSA-Portal zu sehen. (ck)



Kreislaufwirtschaft mit Musik

Am 2. März organisiert der EWSA im Rahmen seiner Konferenz der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft 2022 eine Show unter dem Motto „Musik mit Müll“.

Auf der Bühne steht dann das internationale Percussion-Trio TrashBeatz. Bei der Veranstaltung werden Workshops über Kreislaufwirtschaft mit Musik kombiniert, die mit Abfallgegenständen gemacht wird.

„Wir geben Müll ein zweites Leben, indem wir Musik mit Instrumenten aus Abfall machen,“ so **TrashBeatz**.

Noch passender kann die künstlerische Komponente der diesjährigen hybriden Kreislaufwirtschaft-Konferenz zum Thema „Auf dem Weg zu einer neuen Normalität: Nachhaltige Produkte für einen nachhaltigen Verbrauch“ also nicht sein.

Der EWSA veranstaltet diese jährliche Konferenz am 1./2. März gemeinsam mit der Europäischen Kommission. Weitere Informationen finden Sie im Internetportal der Europäischen Plattform der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft. (ck)



„Die Wahrheit über Lügen“ – bald wird sie enthüllt

Während der EWSA alles für die Teilnahme von 99 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe und der sie betreuenden Lehrkräfte an seiner Jugendveranstaltung YEYS 2022 unter dem Thema „Die Wahrheit über Lügen – Jugendliche entlarven Fake News und Desinformation“ vorbereitet, besuchen EWSA-Mitglieder die ausgewählten Schulen, um die Schülerdelegationen zu treffen und sie auf die Veranstaltung vorzubereiten.

Diese Treffen sind auf der interaktiven Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas unter den Bereichen Jugend und partizipative Demokratie aufgeführt.

„Die Wahrheit über Lügen – Jugendliche entlarven Fake News und Desinformation“ – unter diesem Motto findet die diesjährige Ausgabe der großen EWSA-Jugendveranstaltung „Your Europe, Your Say“ am 31. März und 1. April 2022 ausschließlich online statt. Das Programm ist jetzt im Internet abrufbar. (ck)



Tage der Zivilgesellschaft 2022

Die Tage der Zivilgesellschaft 2022 finden vom 15. bis 17. März 2022 unter dem Motto „Die EU als treibende Kraft für gemeinsamen Wohlstand – die Zivilgesellschaft für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und des Planeten“ statt.

Zu einem für Europa ganz entscheidenden Zeitpunkt – die COVID-19-Pandemie ist noch nicht überstanden und die Konferenz zur Zukunft Europas steht kurz vor dem Abschluss – soll im Rahmen der TAGE DER ZIVILGESELLSCHAFT 2022 beleuchtet werden, wie die Resilienz Europas durch einen gerechten Wandel, der sowohl den Menschen als auch der Umwelt nützt und zugleich zu mehr Wohlstand führt, gestärkt werden kann.

Im Zuge dieses Wandels müssen auch die Grundwerte und -prinzipien der EU – Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit – verteidigt und gestärkt werden. Das Jahr 2021 war für diese Werte und Prinzipien eine schwere Belastungsprobe. Den Organisationen der Zivilgesellschaft kommt als Verfechterinnen und Hüterinnen des Allgemeinwohls und als Impulsgeberinnen für den Wandel eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung dieser Werte auf sämtlichen Ebenen zu.

In sieben interaktiven Workshops, an denen sowohl vor Ort als auch online teilgenommen werden kann, sollen folgende Schwerpunktthemen erörtert werden:

- Weiterbildungsmöglichkeiten für alle
- Generationendialog zwischen EU-Unternehmern
- Freiwillige fördern den Wohlstand
- Ein guter Rahmen für eine sinnvolle Einbindung der Zivilgesellschaft
- Demokratisierung der Wirtschaft für einen gerechten Wandel
- Eine ökosoziale Marktwirtschaft für die Zukunft Europas
- Die Zukunft des Sozialschutzes und des europäischen Wohlfahrtstaates: Mindesteinkommensregelungen und Zugang zu hochwertigen Sozialleistungen.

In der Eröffnungssitzung vor und in der Abschlusssitzung nach den Workshops findet jeweils eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion statt.

Die Tage der Zivilgesellschaft 2022 werden vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Zusammenarbeit mit der EWSA-Kontaktgruppe veranstaltet.

Für weitere Informationen zum Programm und zu den Rednerinnen und Rednern besuchen Sie bitte die regelmäßig aktualisierte Webpage der Veranstaltung oder folgen Sie uns auf Twitter: @EESC_LiaisonG #CivSocDays. (ks)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Jasmin Kloetzing (jk)
Karen Serafini (ks)
Katharina Radler (kr)
Katerina Serifi (ks)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support

Bernhard Knoblach (bk)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

03/2022